

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittwochs nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Städtelkonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 35 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 70 Pf., unter Einbezug 1 RM. Ermäßigung auf Geschäftsangelegenheiten, Familiennachrichten und Stellengesuche. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Seitweise Nebenblätter: Bandtags-Beilage, Verkaufsstelle von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptgeschäftsführer Karl Weißte in Rähnig-Geßerau.

Nr. 235

Dresden, Sonnabend, 6. Oktober

1928

Das enthüllte Flottengeheimnis.

Amerika — der wirtschaftliche Hintergrund.

Nachdem die Hearst-Presse in Amerika zuerst mit dem Briefe Briand die Öffentlichkeit überraschte, erfolgt jetzt eine nicht minder weittragende Veröffentlichung in der französischen Presse. Es ist der bekannte Pettinaz, der seine Ungeheuer im „Echo de Paris“ nicht länger zügeln kann. Kurzzerhand gibt er hier im Wortlaut die drei Notizen bekannt, die zwischen der englischen und französischen Regierung ausgetauscht wurden und das Flottenkompromiß betrafen. Interessanterweise knüpft dieser Notizwechsel an die These eines französischen Sozialisten, nämlich an die des französischen Völkerbunddelegierten Paul Boncour an. Dieser Anregung ging dahin alle Schiffe mit einer Besatzung über 2000 an der beachtlichsten Beschränkung zu unterwerfen. In dem hat der englische Admiral Kelly mit seinem französischen Kollegen in der vorbereitenden Kommission für die Abrüstungskonferenz das Thema besprochen. Man sieht, vorzu diese Abrüstungskommission nicht ist. Den Engländern kam es bei diesen Besprechungen wohl in der Hauptsache auf die Unterseebootsfrage an. Frankreich möchte im Unterseebootbau möglichst nicht beschränkt sein, am liebsten hätte es auch ganz freie Hand bezüglich der kleineren U-Boote. Deshalb beharrte Briand in der zweiten jetzt veröffentlichten Note, daß England Frankreichs Vorschlag nicht angenommen hätte, wonach sich alle Abrüstungsbeschränkungen bloß auf die Gesamttonnage beziehen sollten. England hätte dann die ihm freierlassene Gesamttonnage naturgemäß durch den Bau der für es unerschwinglichen großen Dreadnoughts und Kreuzer erspäßt. Frankreich dagegen, das bei der Lage seiner Kolonien mit weniger Schlachtschiffen auskommen kann, würde dadurch einer entsprechenden Tonnageerhöhung einer unheimlichen Zahl von kleinen und allerhöchstens Kampfschiffen, insbesondere Unterseebooten unter 600 t bannen können. Diese Unterseeboote spielen im Verhältnis von Frankreich und England eine entscheidende Rolle und eigentlich auch nur zwischen diesen beiden Ländern. Der Aktionsradius dieser Unterseeboote ist so gering, daß sie im allgemeinen ohne Zweifel sind, wofür Frankreich sie erklärt, nämlich eine maritime Verteidigungswaffe. Kurz getade im Kampf mit England könnten sie auch zur Angriffs- und Abwehrwaffe werden, weil sie selbstverständlich die geringe Breite des Kanals durchaus beherrschen könnten. Wenn sich also England mit der Abgabe dieses Unterseebootbaus einverstanden erklärt, so kann es das nur, wenn durch anderweitige feste Abmachungen jeder kriegerische Konflikt zwischen ihm und Frankreich ausgeschlossen wird. Diese Annahme der französischen These, diese Unterseeboote zwischen offensiven und defensiven Unterseebooten wird aber nun tatsächlich in der dritten von England stammenden Note angenommen. Deshalb hat der sozialistische Parteiführer Leon Blum ohne Zweifel recht, wenn er in seinen Kritiken im „Populaire“ feststellt, die englisch-französischen Marineabmachungen hätten nur im Rahmen eines präzisen Militärabkommens Sinn und Zweck.

Den Schlüssel zu diesem Abkommen wird man in der wirtschaftlichen und machtpolitischen Rolle Amerikas zu suchen haben. Die „Germania“ dürfte den Kern des Problems treffen, wenn sie schreibt: „Wir vergessen zu leicht, daß der Weltschwermant nicht mehr in Europa liegt, daß wir vielmehr an der Peripherie des amerikanischen Kraft-

zentrum wohnen. Der geniale aller Kriegsgewinnler, Amerika, hat von seinen Kriegschancen als einziger Weltlieferant Nutzen Gebrauch gemacht, daß auch die Reaktion der großen Nachkriegs- und die Anstrengungen der Kriegführenden, wirtschaftlich wieder hochzukommen, dieses amerikanische Übergewicht nicht wieder ausgleichen können. Ein gigantischer Wirtschaftskampf zwischen Amerika und England setzte ein, in welchem England die Waffen des Dumping, der Vorzugskölle, der Lohnverlängerung und Arbeitsverlängerung vergeblich der amerikanischen Nationalisierung und genialen Weltreklame entgegensetzte. Im Südamerikageschäft verdrängte England den amerikanischen Vorkämpfer nicht wieder einzuholen. In Ostasien mußte es, durch Streiks und Boykotts geschwächt, vor dem mit Nachgebigkeit und Wohlfeile arbeitenden Amerika die Flagge streichen. Es gelang England nicht, die amerikanischen Waren durch Prohibitivzölle von den Dominien fernzuhalten, und Kanada geriet völlig in die Hand des amerikanischen Importeurs. Der englische Versuch, mit Holland zusammen das Gummimonopol mit ungeheuren Opfern aufrechtzuerhalten, schlug fehl, als die Amerikaner am Bos von Mexiko tiefe Handelsverträge anlegten. Der Kampf um das Öl, dessen West in einem künftigen Seekrieg entscheidend sein wird, setzte in voller Schärfe ein, trotz der verschiedenen Versuche, zwischen der Standard-Oil und der Shell-Gruppe eine Einigung herbeizuführen. England leidet heute unter härtester wirtschaftlicher Depression, deren Ursache nur scheinbar der große Kohlenarbeiterstreik und die zunehmende mittlereuropäische Konkurrenz ist. In Wahrheit ist es Amerika, welches der englischen Industrie seine alten Absatzgebiete weggenommen hat.

Tiefe wirtschaftliche Krise wird von einer machtpolitischen begleitet. Auch wenn man nicht der Ansicht ist, daß die Reichsflotte der letzten englischen Reichstagskonferenz einen Rückwärtsschritt des Imperiums bedeuten, so läßt es sich doch nicht leugnen, daß dieses Ereignis England machtpolitisch und kontinentalpolitisch empfindlich auf sich selbst gestellt hat. Die schwachen Dominien werden naturgemäß von dem stärkeren Kraftzentrum angezogen. Und die Tatsache, daß die englische Flotte heute nicht mehr die unbestrittene erste und einzige der Welt ist, vermindert das Interesse der Tochterstaaten am Mutterland. Kanada ist bereits heute militärisch der Zirkelbewegung der Vereinigten Staaten ausgeliefert, die Chancen in Südamerika und Australien sind für England und Amerika ziemlich gleich, es sei denn, daß Japan das Gewicht seiner Flotte in die Waagschale werfen würde. Die „Allgegenwart“ der englischen Flotte wird durch die Befestigung der amerikanischen Flottenposition im Stillen Ozean und im Karibischen Meer fast bedroht und nur durch eine sehr starke Flotte von kleineren Kreuzern und Hilfskreuzern vermag England im Ernstfalle eine Verbindung zwischen den weitestfernen Kolonien herzustellen. Das amerikanische Verlangen nach Beschränkung dieser Kreuzerzahl greift daher an die Wurzel des Empire, wiewohl man nicht leugnen kann, daß die tiefste Ausdehnung der amerikanischen Küsten von Boston bis Manila ebenfalls eine zahlreiche Kreuzerflotte nötig machen könnte.

Was lag näher, als daß sich England unter diesen Umständen die Unterstützung des einzigen

festländischen Staates versicherte, der ihm machtpolitisch von Nutzen sein und im Ernstfalle gefährlich werden konnte. Die englisch-französische Zusammenarbeit hat seit dem Weltkriege niemals völlig aufgehört und in der Zeit des Ruhrabenteuers nur eine vorübergehende Störung erfuhr. Auch der Versuch von Locarno, Deutschland als Dritten in diesen Bund aufzunehmen, schlug fehl, als die amerikanische Abwehrmacht immer bedrohlicher und das Bedürfnis nach einem engen militärischen Zusammengehen immer dringlicher wurde, was naturgemäß bei einer deutschen Teilhaberschaft ausgeschlossen war. Systematisch wurde eine Vereinigung der englisch-französischen Gegenpole auf allen Fronten herbeigeführt, eine Maßnahme, welche an die russisch-englische Flottenvereinbarung von 1907 erinnert. Man legte die Fährde im Orient bei, in der England in geheim die Eingeborenen gegen Frankreich unterstützt hatte, und einigte sich über gemeinschaftliches Vorgehen in Südamerika und dem nahen Osten. Man schuf in Ostasien eine Einheitsfront gegen China und das mit seinen Unabhängigkeitswünschen sympathisierende Nordamerika. England veranlaßte die französische Politik und Wirtschaft zu völliger Weichen gegenüber Rußland und zur Verankerung der Antiloffenfront vom Baltischen bis zum Schwarzen Meer. Man einigte sich über das Vorgehen in Ostasien, Belgien, Ostafrika und Äthiopien und veranlaßte Italien durch gemeinschaftliche Schritte zu weitgehender Zurückhaltung. Man stellte schließlich bezüglich Deutschlands gemeinschaftliche Richtlinien auf, die im wesentlichen den französischen Standpunkt innehielten. Auf diese Weise sicherte sich England einen wertvollen Bundesgenossen gegen ein wirtschaftlich und machtpolitisch rivalisierendes Nordamerika.

Englische und amerikanische Staatsmänner von höchstem Rang hören nicht auf, in die Welt hinauszuposaunen, daß ein Krieg zwischen England und Amerika eine Unmöglichkeit sei und den Todesstoß für unsere Zivilisation bedeuten würde. Sie haben vollkommen recht, was die Wirkungen eines solchen Krieges anbetrifft. Aber es wäre nicht weise, die Behauptung als unbedingt richtig hinzunehmen, daß ein solcher Krieg zwischen den beiden angelsächsischen Demokratien völlig ausgeschlossen sei.“ So beurteilt das Mitglied der englischen Labourparty, der ehemalige Marineoffizier Kennworthy („Vor kommenden Kriegen“) die Möglichkeit einer bewaffneten englisch-amerikanischen Auseinandersetzung. Vor dem Wespenschein eines solchen Unabwendigen betruagt sich die englische und die amerikanische Öffentlichkeit, seitdem die Einzelheiten des französisch-englischen Flottenkompromisses bekannt geworden sind. Während man in Deutschland den Schatten Eduards VII. und seiner Entente cordiale aufstehen sah, erinnerte man sich in Amerika des Schicksals derjenigen Seemächte, die im Verlauf der letzten 300 Jahre an England gescheitert waren. Zwar hat Amerika längst jenes Stadium der Bedrohlichkeit überschritten, das man vor dem Kriege der deutschen Flotte irrtümlicherweise beimaß, aber verfährt um die französischen Flottenleistungen. Kann England heute noch behaupten, zur See der Welt zu sein. Darum war der Kauf der französischen Unterseeboote der traditionsgemäße Schwachpunkt Englands gegenüber der amerikanischen Flottenausrüstungsdrohung nach dem Scheitern der Genfer Flottenkonferenz von 1927.

Koalitionsverhandlungen und Konkordat in Preußen.

Berlin, 5. Oktober.

Die anscheinend aus dem Rheinland stammende Nachricht, daß zwischen dem preussischen Kultusministerium und dem Vatikan ein Konkordat bereits abgeschlossen und eine entsprechende Vorlage von der preussischen Regierung fertiggestellt worden sei, hat in der politischen Öffentlichkeit großes Aufsehen hervorgerufen, da in diesem Falle nicht nur die eben begonnenen Verhandlungen der preussischen Regierungsparteien mit der Deutschen Volkspartei über deren Eintritt in die Regierung bedroht, sondern auch die bisherige preussische Koalition selbst in eine kritische Lage gekommen wäre, da Sozialdemokraten und Demokraten ein Konkordat, das auf die Schulfrage Bezug hätte, entschieden ablehnen. Die von der preussischen Regierung abgegebene Erklärung ist offensichtlich von dem Bestreben diktiert, die Verantwortung bei den liberalen Parteien zu zerstreuen, ohne sich aber in nähere Mitteilungen über den Stand der Konkordatsverhandlungen und den Inhalt der Vor schläge, die von beiden Seiten gemacht wurden, einzulassen. Die amtliche Erklärung beschränkt sich auf die Feststellung von zwei Tatsachen: Sie bestätigt zunächst, daß ohne Mitwirkung des preussischen Gesamtkabinetts zwischen dem preussischen Kultusministerium und dem Vatikan Konkordatsverhandlungen im Gange sind, die bisher nur unbestimmt geführt und noch nicht abgeschlossen worden sind. Sie kündigt weiter an, daß eine Vereinbarung zwischen Staat und Kirche, die die Staatshoheit auf schulpolitischen Gebiet irgendwie beeinträchtigen könnte, nicht in Frage komme.

Zwischen den Zeilen kann man aus der amtlichen Erklärung herauslesen, daß der preussische Kultusminister die Konkordatsverhandlungen mit dem Vatikan erst zum Abschluß bringen will, wenn die Frage der Erweiterung der preussischen Regierung zur Großen Koalition endgültig gelöst ist. Da die Schule aus dem Konkordat ausgeschaltet werden soll, ist ein ernsthafter Widerstand weder von sozialdemokratischer, noch von demokratischer Seite zu erwarten, da auch diese Parteien die Auffassung Dr. Beders teilen, daß die veränderten staatsrechtlichen Verhältnisse eine Revision des Bestandsverhältnisses zwischen Staat und katholischer Kirche erfordern. Die Regierung hätte ja auch keine Aussicht, für ein Konkordat, das die Schulfrage behandelt, die Zustimmung der Landtage zu erhalten. Auch das Zentrum ist damit einverstanden, daß im Interesse der gegenwärtig stattfindenden Koalitionsverhandlungen der Abschluß des Konkordats vorläufig hinaufgeschoben wird. Von zentraler Seite wird erklart, daß die Konkordatsverhandlungen noch nicht soweit gediehen sind, daß sie in der nächsten Zeit dem preussischen Staatsministerium vorgelegt werden könnten. Es sei durchaus unangebracht, die schwebenden Verhandlungen zum Gegenstand koalitionspolitischer Auseinandersetzungen zu machen. Von der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags wird die Vermutung ausgesprochen, daß die bisherigen Mitteilungen in der Presse lediglich den Zweck haben sollten, die Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei zu erschweren. Das Zentrum werde die Konkordatsfrage zurückstellen, bis das Koalitionsproblem gelöst sei. Dieses Problem wurde in den letzten Tagen lebhaft erörtert.

Im Landtage fanden am Freitag mehrere für die preussische Koalitionsbildung wichtige Besprechungen statt. So erschien gegen Mittag der preussische Ministerpräsident Braun im Landtag und hielt mit den Regierungsparteien Konferenzen über die Erweiterung der gegenwärtigen Koalition ab. Ministerpräsident Braun hat die Führer sämtlicher Regierungsparteien nacheinander zu sich. Wie wir von unfernter Seite hören, sind prinzipielle Widerstände gegen die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Koalition nicht geltend gemacht worden, wenn sich auch nach unseren Informationen keiner der Parlamentarier für ein überhastetes Tempo der Koalitionsverhandlungen ausgesprochen hat.

Darüber hinaus haben am Freitag bereits interfraktionelle Besprechungen über die Koalitionsfrage stattgefunden, die wahrscheinlich dasselbe Ergebnis haben werden, wie die Verhandlung des

Der Reichspräsident dankt den Geburtstagsgratulanten.

Berlin, 5. Oktober.

Das Bureau des Reichspräsidenten gibt folgendes Glück des Herrn Reichspräsidenten bekannt:

„Nach in diesem Jahre sind mir zu meinem Geburtstag aus allen Teilen des Reiches und von vielen Deutschen aus dem Ausland Glückwünsche in großer Zahl zugekommen. Ihre

Einzelantwortung ist mir leider nicht möglich. Allen, die freundlich meiner gedacht haben, spreche ich daher auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank aus und bitte Sie zugleich, die mir bezogene Anerkennung und Treue dadurch zu bestätigen, daß Sie, ein jeder an seiner Stelle, mitteilen, unserem Volke inneren Frieden und Einigkeit zu geben.“

„v. Hindenburg, Reichspräsident.“

Konturs einer „Volksrechtsbank“.

Die von der Volksrechtspartei der Aufwertungsgemeinschaft des Grafen v. Helldorf gegründete Genossenschaftsbank „Spartar-Bank“ G. m. b. H. des Hauptverbandes der Hypothekengläubiger und Sparers für das Deutsche Reich, Landesverband „Schlesien“ hat laut „Völkischer Zeitung“ Konturs annehmen müssen. Zu den Gläubigern der Bank gehören vorwiegend keine Sparers.